

# Das Recht auf Gerechtigkeit

## Steuergerechtigkeit als Beitrag zur Klimagerechtigkeit

*Martina Neuwirth, Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)*

Menschenrechte und Gerechtigkeit gehören zusammen, auch wenn sich dann natürlich immer die Frage stellt, was genau unter „Gerechtigkeit“ zu verstehen ist. Diese Frage stellt sich insbesondere angesichts der enormen Herausforderungen, die die Auswirkungen der Klimakrise mit sich bringen. Denn sollten die Lasten (inkl. der finanziellen Kosten) der Klimakrise global nicht gerecht aufgeteilt werden? Wer ist (auch historisch) für den höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß verantwortlich und trägt daher die größte Verantwortung? Wer trägt die Hauptlast? Und wer soll dann in welcher Form dementsprechend zur Kasse gebeten werden? Welche Auswirkungen hat das auf die Gendergerechtigkeit?

Um diese Fragen beantworten zu können, sollte man die Ergebnisse der Ungleichheitsforschung nicht außer Acht lassen. Denn die verschiedenen Formen von Ungleichheit sind eng miteinander verknüpft. Für einen klimagerechten Wandel dürfen benachteiligte Gruppen von Menschen und ärmere Länder nicht noch zusätzlich belastet werden.

Wir brauchen immense Mittel, um die globale Wirtschaft „klimafit“ zu machen und um uns gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu wappnen: Schätzungen gehen von mindestens 4.300 Mrd USD pro Jahr aus, aber 2020 etwa wurden nur 653 Mrd. an Klimafinanzierung bereitgestellt (ca. ein Siebentel). Die ärmsten Länder im Globalen Süden haben am wenigsten zur Klimaerwärmung beigetragen, haben aber am meisten unter den Auswirkungen zu leiden. Afrikanische Länder z.B. sind nur für etwa 4 % der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Neben dieser Klima-Ungleichheit zwischen den Ländern gibt es aber auch eine Klima-Ungleichheit innerhalb der Länder, die sogar noch gravierender ist – nämlich die zwischen Reich und Arm. Laut dem World Inequality Report 2022 sind die reichsten 10% der Weltbevölkerung für fast die Hälfte aller Treibhausgasemissionen zuständig. Die ärmsten 50% dagegen haben nur einen Anteil von 12%. Das hat nicht nur mit dem Lebensstil von wohlhabenden Menschen zu tun (Privatjet, Privatyacht etc). Sondern es hat auch damit zu tun, wie Reiche ihr Vermögen anlegen – etwa durch Beteiligungen an großen, globalen Investmentfonds, deren Portfolio zu 95% nicht an den Pariser Klimaschutzziele ausgerichtet ist.

**Die Klimaugerechtigkeit hängt also eng mit der Einkommens- und Vermögensungleichheit zusammen.** Die reichsten 10% der Weltbevölkerung beziehen derzeit 52% des weltweiten Einkommens, während die ärmste Hälfte nur 8,5% davon erhält. Noch ausgeprägter sieht es beim Vermögen aus: Da besitzen die reichsten 10% der Weltbevölkerung 76% des Gesamtvermögens, während die ärmste Hälfte nur 2% besitzt.

**Frauen sind dabei noch mehr benachteiligt als Männer:** Sie verdienen weniger (Frauen erhalten nur 35% des weltweiten Arbeitseinkommens, Männer die restlichen 65%) und besitzen im weltweiten Schnitt um 26% weniger Vermögen als Männer. Sie sind in Führungspositionen wenig vertreten (das gilt auch für den Finanzsektor). Und sie sind durch ihre Care-Tätigkeit nicht nur mehr von den Auswirkungen der Klimakrise sondern auch von der Finanzmisere vieler Staaten betroffen. Denn insbesondere im Globalen Süden sind viele Länder bereits wieder hoffnungslos überschuldet. Geringe Staatseinnahmen (aufgrund schwacher Steuersysteme und Steuervermeidung von Konzernen und Reichen) sowie hohe Schuldentrückzahlungen haben negative Auswirkungen auf Bildung, Gesundheit und Soziales. Dass der Großteil der Klimafinanzierungen neue Staatsschulden nach sich zieht, macht die Lage nicht einfacher.

## Was kann man tun?

Im Sinne der (historischen) Klimagerechtigkeit müssen **ärmere Länder finanziell weit mehr als bisher durch reiche Länder unterstützt** werden. Insbesondere bei Klimaanpassungsmaßnahmen sollte das durch Zuschüsse passieren.

Klimaschädliche Treibhausgase könnten mehr als bisher bepreist werden (etwa über eine **CO<sub>2</sub>-Steuer**). Doch die möglichen sozialen Folgen einer solchen Bepreisung, insbesondere auf Frauen und Mädchen, müssen dabei beachtet und abgefedert werden. Viele Produkte, die Menschen mit geringerem Einkommen brauchen, verteuern sich dadurch. Deshalb sollten gleichzeitig billigere, klimafreundliche Alternativen zur Verfügung stehen, und die Einnahmen sollten sozial gerecht umverteilt werden. Passiert dies nicht, werden Menschen mit geringem Einkommen doppelt benachteiligt: Sie tragen im Verhältnis zu den Reichen bei Weitem nicht so viel zur Klimakrise bei, müssen aber viel mehr von ihrem Einkommen zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen.

Zusätzlich braucht es daher ein Instrument, um einerseits mehr Geld für einen gerechten klimafreundlichen Wandel zu erhalten und andererseits die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern: ein **fares und gerechtes Steuersystem**, das insgesamt geschlechtergerecht und „progressiv“ ist – das also höhere Steuersätze für Wohlhabende vorsieht.

Ein wichtiger Teil eines solchen Steuersystems sind **Steuern auf Vermögen**, also Steuern auf Kapitaleinkommen, auf Immobilien, Grund und Boden, aufs Erbe. Viele bekannte Ungleichheitsforscher wie Thomas Piketty, aber zunehmend auch zivilgesellschaftliche Organisationen sprechen sich dafür aus. Entsprechend einer **globalen Mindeststeuer für Unternehmen** (die die Staaten bereits beschlossen haben) bräuchte es eine **globale Mindeststeuer auf Vermögen**. Dazu ist aber mehr Transparenz nötig – denn über Vermögensverhältnisse wissen wir sehr wenig. Ein erster Schritt wäre ein **globales Vermögensregister**, damit wir überhaupt wissen, wer welches Vermögen besitzt und wo.

Die Einnahmen könnten dann zu einem Teil für Klimamaßnahmen verwendet werden, aber auch um staatliche Infrastrukturen und Dienstleistungen (wie Gesundheit, Bildung) zu stärken.

Darüber hinaus braucht es auch **mehr Gerechtigkeit im internationalen Steuersystem**. Denn da werden reichen Ländern weiterhin mehr Besteuerungsrechte zugestanden als armen Ländern. Damit werden Regierungen im Globalen Süden um dringend nötige Steuereinnahmen gebracht. Die **UNO muss gestärkt** und zur zentralen Institution für Steuerkooperation werden – wie dies bei den Klimaverhandlungen schon der Fall ist. Seit 2022 gibt es immerhin schon einen zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess, der vielleicht sogar zu einer **UN-Steuerkonvention** von globaler Gültigkeit führen könnte.

*Ein paar Quellen: "Climate Finance Tracking" der Climate Policy Initiative, World Inequality Report 2022, 2022 Global Gender Wealth Equity Report, The State of Tax Justice 2023, Tax Justice Network Report "Delivering climate justice using the principles of tax justice"*